



Mitteilung

Berlin, den 6. Januar 2026

Die 19. Sitzung des Finanzausschusses findet statt am Montag, dem 12. Januar 2026, 14:00 Uhr Sitzungssaal E 300, Paul-Löbe-Haus, Konrad-Adenauer-Str. 1, 10557 Berlin

Sekretariat
Telefon: +49 30 227-32468

Sitzungssaal
Telefon: +49 30 227-30299

Achtung!
Abweichende Sitzungszeit!
Abweichender Sitzungsort!

Interessierte können die Anhörung im Internet auf bundestag.de per Livestream verfolgen. Sie steht anschließend in der Mediathek des Deutschen Bundestages zur Verfügung. Sollten Sie eine persönliche Teilnahme an der öffentlichen Anhörung wünschen, melden Sie sich bitte unter Angabe Ihres Namens, Vornamens und Geburtsdatums unter der E-Mail-Adresse anmeldung-finanzausschuss@bundestag.de an.

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Einziger Tagesordnungspunkt

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1619 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 2024 zur Änderung der Richtlinie 2013/36/EU im Hinblick auf Aufsichtsbefugnisse, Sanktionen, Zweigstellen aus Drittländern sowie Umwelt-, Sozial- und Unternehmensführungsrisiken und zur Entlastung der Kreditinstitute von Bürokratie (Bankenrichtlinienumsetzungs- und Bürokratieentlastungsgesetz – BRUBEG)

BT-Drucksache 21/3058

Ein Fragenkatalog wurde nicht erstellt.
Die Sachverständigenliste ist als Anlage beigefügt.

Christian Görke, MdB
Amtierender Vorsitzender
21. Wahlperiode

Federführend:
Finanzausschuss

Mitberatend:
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Gutachtlich:
Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung und Zukunftsfragen



- Vorläufige Sachverständigenliste -

1. Bundesverband deutscher Banken e. V.

(Vorschlag: CDU/CSU)

2. Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (BVR)

(Vorschlag: CDU/CSU)

3. Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, e. V.

(Vorschlag: CDU/CSU)

4. Symon, Julia, Finance Watch - European non-profit-association, Brüssel

(Vorschlag: Die Linke)

5. Verband deutscher Pfandbriefbanken (vdp) e. V.

(Vorschlag: CDU/CSU)